

Berliner Demokraten

Sie sagen, es sei Demokratie.
Sogar Sozialdemokratie.
Sie nehmen sich das Recht.
Das Recht auf einen Posten.
Regierender Bürgermeister.
Regierungsmeister der Bürger.

Die Monarchie war gegen die Sozialdemokratie.
Die Sozis waren gegen Wilhelm II.
Später hatten sie ihren eigenen Willy.
Der war wirklich Demokrat.
Das Westberliner Volk wählte ihn.
Viel später wählte es Klaus Wowi.
Wowi regierte wie einst Wilhelm.
Mein Wort sei Gesetz!
Und wie Wilhelm trat er zurück.

Doch das Volk konnte sich keinen neuen Regenten wählen.
Wie einst bestimmt das Herrscherhaus.
Auch über die Nachfolge.
Demokratie ist, wenn die Herrschenden den Herrscher bestimmen?
Nicht das Volk?
Das hat die SPD von den Hohenzollern gelernt.
Heute sind sie eher Wilhelm als Willy.

Senat filmt Berlin

Google hat es vorgemacht, nun will der Senat nachziehen: Im kommenden Jahr sollen die Straßen der Stadt abgefilmt werden. Anders als bei Google ist die Verwaltung aber nicht an den Fassaden interessiert, sondern am Zustand der Straßen: Wie breit sind die Radwege, wie tief die Schlaglöcher, wie marode die Brücken? Das alles soll angeblich nur 1,8 Millionen kosten, was bei rund 10.000 Straßen jeweils gerade mal 180 Euro bedeuten würde. Es ist zu bezweifeln, dass dieses Geld reicht, denn die erfassten Daten werden ja auch ausgewertet. Zuvor müssen sie überarbeitet werden, Autokennzeichen sowie Gesichter von Passanten sollen unkenntlich gemacht werden. Wie aber Breite und Zustand von Radwegen ermittelt werden sollen, die oft noch auf den Bürgersteigen verlaufen, ist unklar. Ebenfalls unklar ist der Sinn der Aktion. Immerhin gibt es in allen Bezirken ein Ordnungsamt, deren Angestellte zu Fuß und in PKWs unterwegs sind und den Straßenzustand notieren könnten. Außerdem wird der Ausbau von Radwegen oder die Reparatur von Straßen immer wieder aufgeschoben, weil dafür kein Geld bereit gestellt wird und nicht, weil Informationen fehlen. Erst vor einigen Monaten hat der Senat eine Online-Kampagne gestartet, bei der man gefährliche Orte für Radfahrer eintragen konnte. Geändert hat sich dadurch gar nichts. Es ist kaum sinnvoll, Millionen in die Erfassung zu stecken, anstatt in die Behebung der Probleme. Und diese sind in der Regel bekannt – teilweise seit vielen Jahren.

Berlin verschenkt sich

Wie man weiß, ist Berlin pleite. Und auch, wenn unser Bürgermeister gestern mit einer neuen Initiative **“Ich bin ein Berliner”** aufwartete, wird er damit sicher kaum neue Industrie in die Stadt locken können. Zu unausgegoren ist dieses Konzept.

Neben Industrie gibt es hier noch die wissenschaftliche Forschung, aber wirklich attraktiv ist in Berlin nur noch für eine Klientel: Die Touristen. Wer an einem durchschnittlichen Nachmittag über die Museumsinsel läuft oder am Abend über den Hackeschen Markt, bekommt einen Eindruck davon.

Besonders wichtig für das Berlin-Bild in der Welt ist die Kultur von unten. Also nicht nur das Neue Museum oder die Staatsoper, sondern die Bars und Ateliers der Stadt. Die Verantwortlichen für den Berlin-Tourismus preisen auch gerne das Unfertige, das Selbstorganisierte, das nicht Glitzerne, das sie alles gerne als **“Szene”** bezeichnen. Gleichzeitig aber tun sie nichts dafür, um diese Einrichtungen zu unterstützen. Aktuell sind zwei der wichtigsten Orte bedroht, und wenn sich von Senatsseite nichts tut, werden sowohl das **Tacheles**, als auch die Bar 25 bald nicht mehr existieren. Dabei sind gerade sie es, die das **“Flair des Provisorischen”** symbolisieren. In fast jedem Stadtführer findet man sie, für viele Besucher sind sie das Highlight ihres Tripps.

Nun aber steht die Existenz dieser beiden Orte auf dem Spiel. Das Tacheles wird möglicherweise noch in diesem Herbst geräumt, ein entsprechender Antrag der Bank des Hauseigentümers liegt bereits seit Monaten vor. Zwar hat sich Klaus Wowereit für des Erhalt des Tacheles ausgesprochen, aber das sind nur Luftblasen. Wenn es ihm damit ernst wäre, würde der Senat das Grundstück kaufen und an die Nutzer verpachten.

Ähnlich sieht es mit der Bar 25 an der Holzmarktstraße aus. Das direkt an der Spree gelegene Grundstück gehört der Berliner Stadteinigung (BSR), die die 3.000 qm zur Bebauung verkaufen möchte. Mehrere Jahre wurde die Entscheidung verschoben, nun ist es soweit. Voraussichtlich am 14. September wird die Bar 25 das letzte Mal geöffnet sein. Ähnlich wie beim Tacheles handelt es sich hier um einen Ort, der zahlreiche Möglichkeiten bietet. Neben der eigentlichen Bar und einem Restaurant gibt's in der 25 ein Kino, Saunas, ein Theater sowie eine Konzertbühne.

Auch bei der Bar 25 gäbe es eine Lösung, sogar zwei. Einerseits könnte der Senat als BSR-Eigner direkten Einfluss nehmen und die Verpachtung des Geländes anweisen. Zusätzlich besteht die Alternative, die Bar auf das Gelände des einstigen Spreeparks in Treptow zu verlegen. Auch hier könnte der Senat das Gelände erwerben und weiterverpachten. Und auch hier tut er es nicht.

Stätten der Hochkultur werden mit Dutzenden von Millionen Euro subventioniert, die Staatsoper bekommt 100 Millionen. Die wenigen Millionen für das Tacheles und die Bar 25 würden im Laufe der Jahre über die Pacht sogar wieder eingenommen. Trotzdem passiert nichts. Die beiden wichtigen Stätten der Kultur werden verschwinden und mit ihnen zwei Orte, die Berlin von New York über Basel bis Peking interessant machen. Diese Entscheidung - oder Nicht-Entscheidung - ist einfach nur dumm.

Rotes Rathaus

Es gibt immer noch Zeitgenossen, die glauben, das Rote Rathaus hätte seinen Namen während der DDR-Zeiten bekommen und daher sei es eine ideologisch gefärbte Bezeichnung. Aber das ist Quatsch, der Name bezieht sich ausschließlich auf die rote Ziegel-Terrakotta-Fassade, unabhängig davon, wer im Haus das Sagen hat. Und deshalb hatte auch der politische motivierte Vorstoß vor einigen Jahren keine Chance, eine offizielle Umbenennung in **“Berliner Rathaus”** zu erreichen.

Fast wäre es sowieso das Rathaus von Cölln geworden. Als nämlich 1709 von König Friedrich I. die Zusammenlegung der damaligen Orte Berlin, Cölln, Friedrichstadt, Friedrichswerder und Dorotheenstadt verkündet wurde, sollte das

damalige Rathaus von Cölln der Verwaltungssitz werden, weil es dem Schloss am nächstens stand. Nach dem Sitz des Rathauses benennt sich auch die Stadt und da das Cöllner Rathaus dann doch nicht genommen wurde, da es zu auffällig war, wurde auf das Rathaus von Berlin ausgewichen. Und deshalb heißt die Stadt heute auch Berlin.

Aber zurück zum Rathaus: In den folgenden Jahrzehnten wuchs die Bevölkerungszahl der Stadt auf das Dreifache, das alte Rathaus wurde zu klein und ab Ende des 18. Jahrhunderts wies es auch baulich immer mehr Mängel auf. Karl Friedrich Schinkel urteilte 1814, dass das Berliner Rathaus "unter den Rathäusern von Hauptstädten eines der unansehnlichsten und unzweckmäßigsten in seiner Anlage" sei. Doch seine Pläne zum Umbau des Hauses wurden vom Magistrat abgelehnt, weil sie zu teuer waren. Jahrelang wurden nun einzelne Bereiche in andere Gebäude verlegt. Erst 1857 gab es einen Architekten-Wettbewerb zum Bau eines neuen Rathauses. Im Erdgeschoss sollten Geschäfte untergebracht werden, für den Oberbürgermeister war eine eigene Wohnung im Gebäude vorgesehen. Doch der Wettbewerb endete erfolglos, alle eingereichten Vorschläge gefielen dem Magistrat nicht. Daraufhin beauftragte er mehrere Baumeister, neue Vorschläge vorzulegen. Hermann Friedrich Waesemann, einst Schüler der Bauakademie, hatte bereits am Schloss mitgearbeitet und bekam im April 1859 den Auftrag.

Sein erster Vorschlag wurde zwar abgelehnt, dafür fand der zweite im Magistrat eine breite Zustimmung. Im April 1860, begannen die Arbeiten für den Rathaus-Neubau, doch erst ein Jahrzehnt später ging es vollständig in Betrieb. Ein ganzes Stadtviertel mußte dem 99 mal 88 Meter Grundfläche umfassenden Neubau weichen. Der umlaufende Terrakottafries stellt auf 36 Tafeln die Berliner Geschichte bis 1871 dar.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Rathaus zur Hälfte zerstört. Zwischen 1951 und 1955 wurde das Rathaus wieder aufgebaut, allerdings folgte der Innenaufbau nicht mehr der ursprünglichen Struktur. Die Fassade wurde mit Ziegeln wieder hergestellt, die den ursprünglichen ähneln. Die offizielle Eröffnung fand im November 1955 statt.

Foto: www.oldschoolman.de

Pflicht oder nicht?

Im Unterricht zum Thema Ethik wird den Berliner Schülern beigebracht, wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft funktionieren sollte. Ethik ist sowas ähnliches wie Moral minus Religion. Nicht, dass Moral immer mit Christentum o.ä. verknüpft sein muss, aber oft wird sie damit verbunden. Zu Unrecht finde ich, weil die Kirchen oft genug bewiesen haben, wie gewissenlos sie sein können. Also wurde der verbindliche Religionsunterricht in Berlin schon vor Jahren abgeschafft, stattdessen gibt es seit 2006 das Fach Ethik. Hier werden auch die Inhalte religiösen Glaubens vorgestellt, doch dieser steht nicht im Mittelpunkt. Vor allem berücksichtigt der Ethik-Unterricht, dass es nicht nur christliche Schüler gibt, sondern auch Moslems, Juden und Anhänger anderer Religionen und Atheisten. Wer möchte, kann neben diesem verbindlichen Unterricht zusätzlich noch das Fach Religion besuchen, das jedoch freiwillig ist.

Schon seit Monaten bereitet nun die Initiative **Pro Reli** einen Volksentscheid vor, mit dem sie Religion wieder als Wahlpflichtfach an Schulen durchsetzen will. Die Jugendlichen sollen sich künftig entscheiden, ob sie den Ethik- oder den Religions-Unterricht besuchen wollen. Dazu wird am 26. April ein Volksentscheid stattfinden.

Jetzt geht auch Pro Ethik ins Rennen, die den Ethik-Unterricht als Pflichtfach erhalten will, Religion soll es weiterhin nur zusätzlich auf freiwilliger Basis geben. Damit will sie verhindern, dass Schüler sich für Religion oder Ethik entscheiden müssen, und dann - bei einer Entscheidung für Religion - von den Lehrinhalten des Ethik-Unterrichts ausgeschlossen sind. Damit würde ihnen aber die Vermittlung wichtiger Inhalte und Gedanken vorenthalten, vor allem was unterschiedliche Werte und kulturelle Traditionen betrifft. Es geht beim Ethik-Unterricht auch nicht darum, gegen die christlichen Kirchen zu wettern, wie das teilweise hingestellt wird, sondern diesen Glauben gleichberechtigt neben anderen Weltanschauungen zu betrachten. Die Kampagne von Pro Ethik wird von der SPD, den Grünen und der Linkspartei unterstützt. Die CDU ist - wenig überraschend - auf Seiten der Kirchen.

Leider kann man bei Pro Reli den Eindruck bekommen, der Senat wolle einen Religions-Unterricht verhindern. Das ist aber falsch, und so haben wir es wie schon bei der Tempelhof-Abstimmung mit ziemlich unsauberer Demagogie zu tun. Die Kirche muss sich stattdessen fragen lassen, warum sie den Teilnehmern des Religions-Unterrichts künftig die Teilnahme an den Ethik-Stunden verwehren will, denn anders als bisher wäre es dann nicht mehr möglich, dass Schüler beide Fächer besuchen.

Es drängt sich schon der Verdacht auf, Pro Reli wolle keine anderen Inhalte zulassen, als die ihrer Kirchen. Doch Jugendliche müssen vergleichen können, sowohl zwischen den Religionen, wie auch mit ganz anderen Ideen. Der Glaube zu irgend einem Gott ist nicht die Voraussetzung für ethisches Denken und Handeln. Manchmal verhindert er es sogar.

Schwulenfeindliches Drogen-Sommerloch



Das bereits angesprochene Sommerloch nutzen manche Dritthinterbänkler unter den Parlamentariern nicht nur, um kruse Ideen zu verbreiten. Einige Politiker packen in diese Zeit auch unpopuläre Entscheidungen, da die potenzielle Protestmasse geringer ist als außerhalb der Urlaubszeit.

Dazu gehört die Entscheidung des Finanzsenators Thilo Sarrazin, der mit dem Golfclub Wannsee einen Erbpachtvertrag über 99 Jahre abgeschlossen hat. Obwohl er genau wusste, dass die Abgeordneten gegen diesen Vertrag sind, nutzte er die Ferienzeit aus und unterschrieb den Vertrag. SPD und Linkspartei hatten zwar bereits beschlossen, das Grundstück nicht für 3,6 Millionen Euro zu verkaufen, weil ihnen das zu niedrig erschien, zumal es an einige der reichsten Bürger Berlins geht. Stattdessen hat Sarrazin den Vertrag sogar nur für 3 Millionen Euro geschlossen, was gerade mal 2500 EUR pro Monat entspricht.

Geschenke an die Reichen müssen aber auch finanziert werden, z.B. durch weniger Kosten bei den Kindertagesstätten. Das bisher erfolgreichste Volksbegehren Berlins verlangte die Einstellung von 2400 zusätzlichen pädagogischen Fachkräfte. Doch der Senat gab schon mal bekannt, dass man die daraus resultierenden Mehrkosten nicht aufbringen könne und das auch verfassungswidrig wäre. Daraus leitet er die Unzulässigkeit des ganzen Volksbegehrens ab, weil es die "Budgethoheit des Parlaments" darstelle. Das hört sich ziemlich holprig an und wird mit Sicherheit vor dem Landesverfassungsgericht landen.

Unbeliebt ist im Senat auch die Gestaltung des Alexanderplatzes und seiner Umgebung. Schon knapp ein Jahr nach Eröffnung des Einkaufszentrums äußerte sich der Regierende Bürgermeister, dass ihm die Farbe des Komplexes nicht gefällt. Das ist nicht unbedingt eine Meldung wert, merkwürdig ist nur, dass die Äußerung so spät kommt, zumal sein Amtssitz keine 500 Meter entfernt liegt. Mittes Baustadtrat Joachim Zeller zeigte sich denn auch verwundert und verwies darauf, dass es sich zum einen um eine reine Geschmacksfrage handele, außerdem könne auch Klaus Wowereit die Unterlagen rechtzeitig im Bezirksrathaus einsehen.

Jedenfalls folgt nun daraus, dass der Senat künftig auch auf die Gestaltung der Fassaden von Neubauten Einfluss nehmen möchte. Ob das auch bedeutet, dass nun der typische Mitte-Stil verändert und die Hälfte der Neubauten in der Friedrichstraße und Unter den Linden wieder abgerissen wird? Schade wäre es jedenfalls nicht drum.

Anders als um den Bärenzwinger im Köllnischen Park. Hier feierte die Stadt gerade das 69-jährige Bestehen, was den Tierschutzbeauftragten dazu bewog, die Schließung der Anlage zu fordern. Angeblich ist er zu klein für eine artgerechte Haltung. Das stimmt zwar nicht im Vergleich zu den Zoos, aber natürlich braucht ein großes Tier wie ein Bär wesentlich mehr Auslauf. Daher sollte man die generelle Öffnung des Zwingers in Betracht ziehen und

stattdessen den gesamten Park zur Verfügung stellen. Das wäre für die Bären dann sicher angenehmer, als die jetzige Doppelzelle.

Angenehmer arbeiten sollen künftig auch die BVG-Angestellten, jedenfalls die in den Büros. Vom Kleistpark zieht der Betrieb gerade in das sogenannte Trias-Gebäude an der Holzmarktstraße. Zwar gibt es hier keinen U-Bahn-Anschluss mehr, dafür hellere Büros und mehr Platz.

Den braucht auch die private Sprachschule GLS, die zurzeit in der Kastanienallee im Prenzlauer Berg sitzt. Sie möchte gerne das alte Stadtbad Oderberger Straße kaufen, gleich um die Ecke. Das hundert Jahre alte Gebäude ist schon seit 1986 außer Betrieb und wurde nur ab und zu für kleinere Veranstaltungen aus dem Dornröschenschlaf geholt. Zwar wollte eine Anwohnerinitiative das Bad in eigener Regie wieder reanimieren, sie scheiterte jedoch am Geld. Das hat die Sprachschule angeblich zur Verfügung, bis zu 20 Millionen kann sie nach eigenen Angaben investieren. Der Bezirk ist jedoch nicht begeistert, denn die Öffentlichkeit könnte das Bad dann nur an zwei oder drei Tagen in der Woche nutzen. Da lässt man es doch lieber weiter vergammeln.

Dafür werden vor allem in der City weiterhin fleißig Hotels gebaut. Auf dem Grundstück des alten Friedrichsadtpalastes auf dem Bertolt-Brecht-Platz entsteht ein besonders großes und schickes Exemplar, der gleiche Investor baut auch schon eines an der Otto-Braun-Straße. Insgesamt sind zurzeit zehn Neubauten geplant oder bereits in der Bauvorbereitung. Dabei sinkt die Zahl der Übernachtungen seit letztem Jahr, die Auslastung der Hotels ist auf 50% gesunken.

Auf null Prozent sank sie in den etwa 150 Lottoläden, die in den vergangenen Monaten schließen mussten. Weil seit Januar das neue Glücksspielgesetz in Kraft ist, sollte die Zahl der Annahmestellen reduziert werden, damit will der Senat der Spielsucht entgegenwirken. Merkwürdig nur, dass in der Zwischenzeit die Zahl der Spielotheken auf mittlerweile 947 erhöht worden ist, und wöchentlich werden weitere dieser Einrichtungen genehmigt und eröffnet. Drei größere Automatenkasinos stehen kurz vor der Eröffnung. Doch der Senat lehnt jede Stellungnahme dazu ab, weshalb er kleine Lottoläden schließt, neue Spielhallen jedoch erlaubt, obwohl dort die Suchtgefahr wesentlich größer ist.

Nicht um Spielsucht geht es bei der Droge Tilidin, sondern um eine ganz handfeste. Das rezeptpflichtige Schmerzmittel hat sich besonders in jugendlichen Türken- und Araberkreisen etabliert. Es wird vor allem über gefälschte Rezepte erworben, im vergangenen Jahr mindestens 2100 mal, Experten rechnen jedoch mit der zehnfachen Zahl. Mittlerweile soll der Nachschub aber über Osteuropa in großen Mengen kommen und unabhängig von Apotheken vertriebt werden. Justizsenatorin Gisela von der Aue hat der Droge deshalb nun den Kampf angesagt. Wie das konkret aussehen sollte, ist unklar, zumal Tilidin-haltige Medikamente nicht illegal sind und auch nicht einfach verboten werden können. Deshalb soll es nun erstmal einen Runden Tisch geben, eventuell im kommenden Jahr auch eine Bundesratsinitiative.

Tilidin macht für kurze Zeit unbeschwert, schmerzunempfindlich und baut Hemmungen zur Gewaltanwendung ab, die Polizei geht davon aus, dass es bei zahlreichen Angriffen und Überfällen mit eine Rolle spielt.

Vielleicht auch bei den derzeit zunehmenden schwulenfeindlichen Attacken. Eine Gruppe junger Männer randlierte am Freitagabend im Lokal White Trash in der Schönhauser Allee, sie rief schwulenfeindliche Parolen, griff die Bedienung an und verletzte den Wirt. Danach konnten sie entkommen.

Auch im Tiergarten konnte eine Gruppe Angreifer innerhalb von zwei Stunden eine ganze Reihe Schwule zusammenschlagen, die sich dort nachts zwischen dem Neuen See und der Siegestsäule aufhielten. Zwei Männer wurden schwer verletzt, die Angreifer flüchteten. Möglicherweise sind es die gleichen Täter, die das Mahnmal für in der NS-Zeit verfolgte Homosexuelle beschädigten, das am östlichen Rand des Tiergartens steht. Hier wurde der Bildschirm eingeworfen.

Im Tiergarten war es auch, wo 1919 die Leichen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in die Spree geworfen wurden. Beide waren zuvor von Einheiten rechtsextremer Freikorpsseinheiten ermordet worden. Dass dies "politisch

geboten" und von der deutschen Geschichte "förderlich legitimiert" gewesen sei, sagte der NDP-Abgeordnete Jörg Hähnel in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Hähnel, der gleichzeitig Landesvorsitzender ist sowie im NPD-Bundesvorstand sitzt, muss sich wegen dieser Äußerung am 10. September vor Gericht verantworten.

Verpatzt



Verpasste Gelegenheiten gab es vergangene Woche einige. Zum Beispiel hatten sich reiche Engländer und Amis insgesamt 40 Wohnungen in den sogenannten Fehrbelliner Höfen in Mitte gekauft. Die ehemalige Fabrik wird derzeit umgebaut, insgesamt sollten über 150 Wohnungen entstehen, 3800 Euro pro Quadratmeter, mit Swimmingpool auf dem Dach und auch sonst allerlei Luxus. Blöd nur, dass sich die Investoren wohl verrechnet haben und nun geht erstmal gar nichts mehr. Deshalb wird jetzt auch nicht mehr weitergebaut. Wenn Berlin auch arm ist - an Bauruinen ist die Stadt reich.

Wie zum Beispiel am Steglitzer Kreisel. Als alter West-Berliner habe ich noch das Bild vor Augen, wie das Hochhaus jahrelang als Rohbau da stand, ohne Fassaden und Fenster, weil der Bauherr pleite war. Nun steht es es wieder leer und niemand will es haben, denn es ist mit Asbest verseucht. Das Bezirksamt hat deshalb nun bekanntgegeben, dass es das Haus auf eigene Kosten sanieren lassen muss. Aber dass es danach verkauft werden kann, ist trotzdem nicht sicher.

Auch die Pläne des Wirtschaftsensors Harald Wolf wurden gestoppt: Er wollte die Fördergesellschaft Berlin Partner ausbauen, damit sie neue Firmen und damit Investoren nach Berlin holt und die Stadt international als interessanten Wirtschaftsstandort präsentiert. Die neue Superbehörde sollte in jedem Bezirksamt einen Mitarbeiter positionieren, der alles vor Ort koordiniert und sich auch um die Bestandspflege vorhandener Unternehmen kümmert. Doch der Koalitionspartner SPD will das alles nicht, jedenfalls nicht so, und deshalb wird diese gut gemeinte Initiative wohl wieder platzen.

Geplatzt ist auch der Kragen eines anderen SPD'lers, des Bundestagsabgeordneten Klaus-Uwe Benneter. Weil die Bauarbeiter neben seinem Zehlendorfer Eigenheim morgens eine Viertelstunde zu früh mit der Arbeit begannen, ging der resolute Sozialdemokrat mit dem Wasserschlauch gegen die Männer vor. Die reagierten mit Anzeigen wegen Körperverletzung, allerdings wurde von Verletzungen gar nichts bekannt. Dass für manche Punks die Berührung mit Wasser an Körperverletzung grenzt, ist klar, aber dass selbst das Proletariat so zickig reagiert, erstaunt schon.

Dabei können sie noch froh sein: In Marzahn ging ein 35-jähriger Mann gleich mit einem Messer auf seinen Widersacher los. Er stach auf einen vietnamesischen Zigarettenhändler ein, der 20-jährige starb noch am Tatort.

Auch am Potsdamer Platz ist wieder mal was geplatzt, diesmal eine Glasscheibe im 25. Stock des Bahntowers. Nicht zum ersten Mal gab es dort Glasbruch, erst vor sechs Wochen traf es eine Scheibe in der 13. Etage. Scherben bringen nicht immer Glück. Manche aber vielleicht doch, wie die aus Porzellan beim Polterabend. Am Freitag heirateten überall in der Stadt hunderte Paare, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass der Ehemann wegen der Schnapszahl 8.8.08 das Datum nicht vergisst. Nach dem 12.12.2012 werden die jährlichen Schnapszahlhochzeiten dann erstmal wieder vorbei sein. Es ist übrigens ein Gerücht, dass die ersten Scheidungstermine zum 9.9.09 bereits gebucht sind.

Eine Sensation gibt es übrigens von der BVG zu berichten. Bisher fiel sie vor allem dadurch auf, dass sie Bus- und Bahnlinien ausdünnte oder ganz abschaffte, nun setzt das Unternehmen plötzlich mehr Straßenbahnen ein.

Innerhalb der Woche sollen die Linien 12 und M2 in kürzeren Abständen befahren werden. Die Polizei dagegen schließt weiterhin munter ihre Wachen. Insgesamt 25 Prozent werden aufgegeben, pro Direktion gibt es dann noch drei Wachen. Damit will der Senat wahrscheinlich das Geld sparen, dass er zum Bau des neuen Gefängnisses in Großbeeren braucht, das er wiederum benötigt, weil es mehr Kriminalität gibt, weil ja viele Polizeiwachen geschlossen wurden. Oder so.

Einstürzende Autobahnbrücken



Schon wieder ein Wochenrückblick. Wenn sich das mal nicht zur Gewohnheit auswächst, heutzutage muss man ja aufpassen, das geht schnell. Anders übrigens als der Verkehr auf der Stadtautobahn in den letzten Tagen. Zwischen Jakob-Kaiser-Platz und dem Kreuz Funkturm war tote Hose, denn langsam beginnt sich der 50er-Jahre-Beton aufzulösen und bevor die Brücken von allein zusammenstürzen, lässt der Senat sie lieber kontrolliert abreißen. Die Autobahn am Spandauer Damm sah heute aus wie Dresden 1945, aber zum Weltkulturerbe wird es der Neubau bestimmt nicht bringen.

Das interessiert den Fahrer des "Riesenlastwagens" sicher nicht mehr, der vergangene Woche dort noch unterwegs war. Statt einem hatte er kurzerhand einen zweiten Anhänger befestigt und fuhr dazu noch 30 km/h zu schnell. Was soll's, hatte er sich sicher gedacht, Papiere hatte er nämlich auch nicht und da er bereits seit 19 Stunden unterwegs war, war ihm wahrscheinlich eh schon alles egal. Der Polizei weniger, sie ließ ihn auf der Wache erstmal richtig schön ausschlafen.

Nicht aus-, sondern einschlafen tut so langsam der Flughafen Tempelhof, deshalb gab's auch keine neuen Nachrichten. Anders als von den beiden anderen. Peinlich, peinlich, der Senat hatte noch vor der Volksabstimmung im Frühjahr behauptet, dass Tempelhof eh nicht mehr gebraucht wird, weil Tegel und Schönefeld das locker auffangen können. Dabei lagen die Erweiterungspläne für den Flughafen Tegel schon in der Schublade, jetzt wurden sie herausgeholt: Bis 2009 werden am Terminal C, der neu gebauten Blechbüchse von der nur Air Berlin fliegt, vier neue Gates gebaut. Das entspricht natürlich nicht der Kapazität von Tempelhof, da hätte auch die Anschaffung eines einzelnen Busses gereicht. Die neuen Gates werden wohl nicht viel länger als zwei Jahre in Betrieb sein, weil Tegel Ende 2011 ja geschlossen werden soll, aber welchen Aussagen des Senats kann man jetzt noch glauben? Die Opposition schäumt natürlich ob der rot-roten Lügen, verhindern kann und will sie den Ausbau aber auch nicht, denn TXL steht schon jetzt unmittelbar vor dem Kollaps, Staus gibt es täglich, vor den Schaltern, in der Luft, auf dem Rollfeld und auf allen Zufahrtswegen, oft bis zurück auf die Autobahn.

Im Südosten, da wo Berlin-Brandenburg International entsteht, werden sich die Verkehrsprobleme nach der Eröffnung fortsetzen. Der geplante "Airport-Express" der Bahn fährt nur zweimal stündlich, eine S-Bahn gibt es dann noch nicht. Dies wird die Taxifahrer freuen, die ihre Passagiere dann einmal um den ganzen Flughafen herum zur S-Bahn-Station Schönefeld bringen dürfen, denn bis der Airport-Express in voller Auslastung fährt, dauert es etwa bis ins Jahr 2015. Sozialistische Misswirtschaft nannte man sowas früher.

Als solche könnte man auch die Senatsentscheidung bezeichnen, dass in der Nacht keine weiteren Ampelanlagen ausgeschaltet werden. Unabhängig davon, dass es Kreuzungen gibt, an denen nachts nur alle 5 Minuten mal ein Auto kommt, die Ampeln bleiben an – aus "Sicherheitsgründen". Das ist völlig unverständlich, weil teilweise an Hauptverkehrsstraßen welche abgeschaltet werden, während sie in abgelegenen Wohnvierteln munter vor sich hin leuchten und Strom verbrauchen. Weil es einer Untersuchung zufolge bei nächtlichen Ampelabschaltungen in anderen Städten erhöhte Unfallzahlen gab, will man das in Berlin nicht. In anderen Städten – ah ja. Außerdem sei die

Einsparung pro Ampelanlage zu gering, nur 500 Euro, das würde sich nicht lohnen. Bei der Einsparung von einigen tausend Euro pro Jugendclub dachte der Senat noch anders, da ging man nach der Devise vor "Kleinvieh macht auch Mist" und schloss einigen tausend Jugendlichen die Tür vor der Nase zu.

Auch die Charité hat Sorgen. Wurden doch ihre Patienten in den letzten Monaten von den Riesen-Werbepunkten schön von der Sonneneinstrahlung und angenehmer Aussicht geschützt, müssen sie nun darauf verzichten. Da hinter der Reklame nicht gebaut wurde, darf sie auch nicht hängen bleiben.

Hängengelassen wurden dagegen Mitarbeiter der Charité-Putzkolonnen. Nach Aussagen ihrer Gewerkschaft hat ein Großteil von ihnen keine Schutzimpfung erhalten, selbst wenn sie in Operationssälen und anderen sensiblen Räumen sauber machten. Die Klinikleitung streitet das halbherzig und halbglaubhaft ab, aber eigentlich ist es auch egal. Wenn dem Personal wirklich was passiert, sind sie ja bereits im Krankenhaus, wie praktisch.

Eher in der Karibik sind dagegen wohl die 3-4 Panzerknacker, die sich am vergangenen Wochenende ihren Weg in der Tresorraum der Commerzbank am Kudamm gebahnt haben. In aller Ruhe konnten sie ca. 50 Schließfächer aufbrechen, unbemerkt auch von den Hausbewohnern und Passanten. Die konnten eh nichts sehen, weil auch hier ein Riesenposter vor der Fassade hängt. Da sieht man's, die Teile bringen nichts Gutes.

Wolf Biermann ist Ehrenbürger

Noch zwei Tage vor der heutigen Verleihung der Ehrenbürgerschaft Berlins hatte der Liedermacher und Dichter Wolf Biermann den rot-roten Senat scharf angegriffen und der SPD die Zusammenarbeit mit der PDS als verbrecherisch vorgeworfen. Reflexartig wurde die Äußerung von den Politikern kritisiert: Senatssprecher Michael Donnermeyer sagte, mit dieser Wortwahl stelle sich Biermann "außerhalb dessen, was in einer demokratischen Diskussion erlaubt ist". Ist das so? Hat sich Biermann nicht im Gegenteil mehr für demokratische Zustände eingesetzt, als die meisten anderen Deutschen? Seine Wortwahl war schon immer radikal und niemals glattgeschliffen, auch nicht in der Zeit, als die Stasi ihn rund um die Uhr überwachte.

Wenn sich die SPD heute aufregt, dann ist das nichts als Heuchelei. Wer Wolf Biermann ehrt, der weiß, dass der einer der unbequemsten Künstler unseres Landes ist. Haben sie denn geglaubt, dass der Wolf zum friedlichen Schäfchen wird und Kreide frisst, nur um eine Ehrung zu erhalten? Dann kennen sie Biermann aber schlecht. Nein, es ist völlig egal, was man vom Auftreten des Liedermachers hält: Die Ehrenbürgerwürde Berlins hat er in jedem Fall verdient, weil sich als Jude, der einen Teil seiner Familie in Auschwitz verloren hat, immer gegen undemokratische Regierungen gewandt hat. Erst in der Bundesrepublik, dann in der DDR und weiter nach seiner Ausbürgerung. Biermann ist ein fester Teil der Berliner Geschichte und ein Teil unseres Gewissens. Auch wenn er nicht so aalglatt ist, wie ihn manche gerne hätten.

- [Wolf Biermann](#)

Berlin bleibt auf Schulden sitzen

Die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe haben heute einstimmig geurteilt, dass Berlin seine Schulden von 61,6 Milliarden Euro selber begleichen muss. Der Senat hatte seit vier Jahren geklagt, dass ein Teil der Schulden vom Bund oder den anderen Länder übernommen werden. Die Richter argumentierten, eine angespannte Haushaltslage wäre noch kein Notstand, weswegen Berlin seine Schulden selbst loswerden könne und deshalb nicht

auf weitere Hilfe des Bundes angewiesen sei.

Die CDU-Ministerpräsidenten der reichen Bundesländer ließen daraufhin sofort ihrer Abneigung gegen den Berliner Senat freien Lauf, allen voran Stoiber (Bayern), Koch (Hessen) und Oettinger (Baden-Württemberg): "Wer ohne echte Not Schulden macht, kann sich nicht hinterher bei anderen schadlos halten. Die bundesdeutsche Finanzsolidarität ist keine Hängematte". Bewusst übersehen diese feinen Herren dabei, dass ein großer Teil der Schulden erstens unter CDU-Regentschaft gemacht wurde und zweitens auf die besondere Rolle Berlins als Bundeshauptstadt zurückzuführen ist.

Richter und politische Gegner verlangten einen noch härteren Sparkurs des Senats. Vielleicht sollte Wowereit nicht freie Kitaplätze versprechen, sondern alle Kindertagsstätten und Horte schließen. Auch die Zuschüsse an arme Menschen zur Miete könnten ersatzlos wegfallen, immerhin hat Berlin über tausend Brücken, unter denen zahlreiche Bürger wohnen könnten. Der Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaften steht ja sowieso schon an (inkl. der dann zu erwartenden Mieterhöhungen), dasselbe könnte auch mit der BVG passieren. Warum soll man nicht 5 oder 6 Euro zahlen, wenn man mit der U-Bahn fahren will? In Shanghai ist es noch teurer!

Weitere Einsparpotenziale wären: Verkauf aller öffentlichen Grünflächen an Investoren für Gewerbe, Parkplätze statt Parks, Reduzierung der Schulzeit von 10 bis 13 Jahren auf 5 oder 6 Jahre. Schließung aller Obdachlosen-, Kinder- und Altenheime, Abschaffung der städtischen Krankenhäuser, Schließung der Universitäten. Auch Sport- und Kinderspielplätze sind überflüssiger Luxus, ebenso die Straßenbeleuchtung sowie die ständige Bereithaltung einer Feuerwehr. Berlin hat tatsächlich massig Sparpotenzial – man muss es nur nutzen!

Oder der Senat verkauft Berlin gleich komplett an einen Großkonzern. Nach AOL-Arena jetzt das erste private Bundesland? "Telekom-Berlin" wäre ein doch passender Name...

Ordnungsamt gegen Hundehaufen

In New York zahlen Hundebesitzer, deren Tiere auf den Gehweg kacken, 1000 Dollar Strafe. In Berlin bekommen sie eine Verwarnung, liebe Worte, "bitte, bitte, bitte". Dass diese nichts nützen sieht man tagtäglich auf den Bürgersteigen unserer Stadt: Der Blick muss beim Laufen mit einem Auge immer auf dem Gehweg ruhen, um etwaige Scheißhaufen rechtzeitig zu bemerken. Wehe dem, der einen übersieht oder beim quer laufen am Gehwegrand hineintritt.

Dann fängt das stinkende Rauspuhlen an. Der Karikaturenzeichner Tom, dessen Comicstrips seit über zehn Jahren täglich in der Taz erscheinen, hat sich diesem Thema schon öfter gewidmet. In einer Serie zwingt sein Held den Hundehalter die Haufen aufzuessen, die sein Köter auf dem Gehweg hinterlässt. Sicher ist das eine sehr radikale Methode, aber es ist anzunehmen, dass sie wirksam wäre.

Ich habe nichts gegen Hunde, auch nicht in der Stadt, aber sehr wohl etwas dagegen, dass die Hundehalter sich zu fein dafür sind, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere zu entfernen und stattdessen Passanten dazu zwingen, Slalom zu laufen. Und diese Haufen machen allein in Berlin täglich 50 Tonnen aus!

Dass die Berliner Ordnungsämter nun eine Charme-Offensive gegen den Hundekot starten, ist vergebliche Mühe. 250.000 Plakate und Flugblätter werden veröffentlicht, genau eines für jeden Hundebesitzer in Berlin. Doch was nützt die freundliche Aufforderung, wenn nicht mal die bereits bestehenden Gesetze beachtet werden? In der Zeit, in der die Ämter nun die Zettel verteilen, sollen Kacksünder nicht mal mehr belangt werden, wenn sie inflagranti erwischt werden. Auch danach kostet es wieder nur 35 EUR, die allerdings selten kassiert werden, wie die Ordnungsämter selber zugeben.

Anstatt für viel Geld Werbematerial zu drucken, sollten die Ämter lieber diejenigen bestrafen, die ihren Mitbürgern die stinkenden Hinterlassenschaften aufzwingen. Freundliche Appelle an rücksichtslose Hundehalter haben auch in

der Vergangenheit nichts genutzt, das Beispiel New York zeigt, dass in diesem Fall empfindliche Strafen der bessere Weg sind. Bevor genervte Berliner sich doch an den Vorschlag des Zeichners Tom erinnern...

Lehrer fordern Schließung ihrer Schule

Dass Neukölln kein Pflaster für sensible Gemüter ist, weiß man nicht erst seit dem Mord an einem Polizisten vor einigen Wochen oder dem Kinofilm "Knallhart". Rauschgifthandel, Arbeitslosigkeit, Verslumung, Straßenkriminalität sind die Probleme zwischen Hermannstraße und Sonnenallee. Vor allem aber die Gewalt, die von Jugendlichen ausgeht. Manche Schulen sind bereits seit den 80er Jahren Zentren gewalttätiger Jugendbanden. Gruppen wie die "Reuters" oder die "Spinne" gründeten sich in der Rütli-Schule, an der bis heute arabische Gruppen das Sagen haben.

Es gab in den vergangenen Jahren mehrere Versuche, diese Entwicklung an der Schule zurückzudrängen. Schüler wurden als Mediatoren eingesetzt, das Projekt "Zurück in die Zukunft" wollte Schulverweigerer wieder zur Teilnahme am Unterricht animieren. Leider waren diese Versuche vergeblich. Die Rektorin hat nun die Auflösung ihrer Hauptschule gefordert, in einem von der Gesamtkonferenz einstimmig beschlossenen Brief an die Schulbehörde schreibt sie von einer nicht mehr kontrollierbaren Schülergewalt. Die Stimmung an der Schule sei geprägt von Zerstörung, Gewalt und menschenverachtendem Verhalten gegen Lehrer und andere Schüler, Intensivtäter sind für zahlreiche Schüler zum Vorbild geworden. Der "Tagesspiegel" zitiert eine ehemalige Lehrerin, die das Gefühl hat, an dieser Schule würden Kriminelle und Terroristen großgezogen.

Der Brief wurde im Namen sämtlicher Lehrer geschrieben, es gab keine Gegenstimme. Darin ist auch davon die Rede, dass die Lehrer manche Klassen nur noch mit eingeschaltetem Handy betreten, um notfalls Hilfe holen zu können. Doch der Schulbehörde ist das Ausmaß der Bedrohung trotz zahlreicher – auch bewaffneter – Vorkommnisse offenbar nicht bewusst oder aber egal. Sie reagierte mit der Entsendung eines Sozialarbeiters, der sich nun um die gewalttätigen Schäfchen kümmern soll. Die Rektorin sowie die Lehrer fordern, dass die Schüler auf anderen Einrichtungen verteilt werden und die Rütli-Schule später neu aufgebaut werden soll. Doch die Schulbehörde will erstmal einen neuen Schulleiter einsetzen, da die Rektorin nun das Handtuch wirft.

Bahn will die Yorckbrücken loswerden

Wer von Kreuzberg nach Schöneberg fährt, für den sind sie nichts besonderes: Die 30 Brücken über der Yorckstraße, fast alle verrostet, bilden schon fast einen Tunnel. Ihr morbider Charme faszinierte schon manchen Filmemacher und offenbar sind auch viele Autofahrer durch sie irritiert. Fast täglich gibt es hier Unfälle, deshalb wurden den rostigen Pfeilern schon vor Jahren Betonmanschetten umlegt.

Die zwischen 1873 und 1940 errichteten Brücken waren einst die wichtigsten Verkehrsadern nach Berlin. Hier fuhren die Züge zum legendären Anhalter Bahnhof und zum Potsdamer Bahnhof, außerdem zum späteren Paketbahnhof Gleisdreieck. Zusätzlich gibt hier zwei S-Bahn-Linien, die meisten der Brücken sind heute jedoch außer Betrieb. Vorbei ist allerdings die Zeit, in der man hier auf das verwilderte Bahngelände klettern konnte, Parties feiern und sogar Lagerfeuer auf der einen oder anderen Brücke entfachen. Da das Gelände und damit auch die Brücken während der Teilung der Stadt zur DDR gehörte, konnte die West-Berliner Polizei nicht eingreifen.

Heute werden die oben gelegenen Grundstücke wieder genutzt oder sind verplant und bei manchen Planungen stören die Brücken. Deshalb will die Deutsche Bahn AG die 20 nicht mehr genutzten Brücken loswerden, auch um

das Geld für die Instandhaltung und Sicherungsmaßnahmen zu sparen. Gegen einen Abriss gibt es aber Widerstand. Da die Bauwerke seit zehn Jahren unter Denkmalschutz stehen, müsste die Beseitigung sehr gut begründet werden. Auch die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg wollen sie unbedingt erhalten, da sie als Verbindung zwischen den geplanten Grünzügen südlich der Yorckstraße und des neuen Gleisdreieck-Parks dienen soll. Selbst im Abgeordnetenhaus soll der Erhalt der Brücken diskutiert werden: "Ihr Abriss bedeutet einen nicht wieder gutzumachenden Gesichtsverlust für die Berliner Innenstadt", sagte der kulturpolitische Sprecher der CDU, Uwe Lehmann-Brauns, der Berliner Zeitung.

Die Bahn aber will auf Dauer diesen Klotz am Bein loswerden. Daher begrüßt sie auch den Vorschlag des "Aktionsbündnisses Gleisdreieck", dass sie die historischen Brücken an das Land abgibt. Selbst dem Verkauf zu einem rein symbolischen Preis steht sie positiv gegenüber. Dann wäre Berlin für die Erhaltung der Bauwerke zuständig und bei der derzeitigen finanziellen Situation würde das bedeuten, dass sich auch in den nächsten Jahren nichts grundlegend ändert.

Bis dahin werden die Brücken vor allem den Sprayern als Untergrund für ihre Werke dienen - und den Verliebten, die ihre Schwüre mit Wandfarbe auf die rostigen Stahlplatten malen. Bleibt zu hoffen, dass die Liebe länger hält, als die Sprüche.

Sanktionen wegen Weihnachtsgeld

In Berlin gab es zu Weihnachten 20.368 Sozialhilfeempfänger, die in einem Heim leben. Dass diese nicht zu denjenigen gehören, die sich große Sprünge leisten können, ist wohl klar. Aus diesem Grund hatte Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei PDS) veranlasst, dass jedem dieser Menschen zu Weihnachten 30 Euro zusätzlich zur Sozialhilfe ausgezahlt wird. 30 Euro sind auch für sie nicht viel, mehr als einen bescheidenen schönen Abend kann sich damit niemand machen. Aber es ist eine wichtige menschliche Geste.

Doch für dem SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin ist dies bereits zuviel. Er bestrafte die Kollegin nun mit einer Haushaltssperre, auf 2,5 Millionen Euro aus dem Etat von 2005 hat die Sozialverwaltung nun keinen Zugriff mehr. Als Begründung gab er an, dass Berlin sparen müsse und sich deshalb solche freiwilligen Zahlungen nicht leisten könne. Außerdem würden auch die reichen Länder Bayern und Baden-Württemberg kein Weihnachtsgeld an Heimbewohner auszahlen.

Offenbar ist es dem Finanzsenator gleichgültig, dass es Menschen gibt, die praktisch noch unter dem Rand des Existenzminimums leben müssen. Was für diese 30 Euro zusätzlich bedeuten, will er mit seinem Senatorengelohnte scheinbar nicht sehen. Der Gipfel ist, dass er als Strafe das Geld gesperrt hat, das für das Krankenhaus des Maßregelvollzugs für psychisch kranke Straftäter vorgesehen war. Mit dieser Maßnahme werden nun Menschen bestraft, die überhaupt nichts damit zu tun haben.

Dass der gesperrte Betrag rund viermal so hoch ist wie das an die Heimbewohner ausgezahlte Geld, wird von Sarrazins Verwaltung auch noch verteidigt: Eine Sperre sei schließlich als Sanktion gedacht.